

## Die Wahrnehmung der Ämter für regionale Landesentwicklung durch die Kommunen. Ergebnisse einer Befragung der Hauptverwaltungsbeamten

### Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung.....</b>	<b>2</b>
1.1	Ziel der Befragung .....	2
1.2	Methodische Vorgehensweise .....	2
1.2.1	Vorgehensweise und Umsetzung der Befragung .....	2
1.2.2	Rücklauf.....	3
1.2.3	Auswertungsstrategie .....	4
1.2.4	Lesehinweise und Interpretationshilfen .....	4
<b>2</b>	<b>Ergebnisse der Befragung.....</b>	<b>6</b>
2.1	Veränderungen der Regionalpolitik seit Einrichtung der ÄRL .....	6
2.2	Ansichten zur Funktion der Landesbeauftragten.....	14
2.3	Elemente der ÄRL.....	18
2.4	Zusammenspiel von EU-Förderung und Regionalpolitik .....	20
2.5	Funktionale Stärkung der ÄRL.....	27
<b>3</b>	<b>Zusammenfassung .....</b>	<b>29</b>
	<b>Abbildungs- und Tabellenverzeichnis.....</b>	<b>31</b>

# 1 Einleitung

## 1.1 Ziel der Befragung

Das Ziel dieser Teilstudie liegt darin, die **Ansichten der Kommunen** über die neuen Ämter für regionale Landesentwicklung (im Folgenden: ÄrL) **zu sammeln und zu analysieren**. Hierfür wird nach der Akzeptanz der neuen Verwaltungseinrichtungen, nach einer Bewertung der bisherigen Zusammenarbeit und nach Verbesserungsmöglichkeiten gefragt. Außerdem interessieren die mit den ÄrL eingeführten neuen Elemente der Regionalpolitik (Landesbeauftragte, regionale Handlungsstrategien, Kommunale Steuerungsausschüsse). Die Wahrnehmung der Kommunen über die neuen ÄrL erfolgt mithilfe einer landesweiten, schriftlichen Befragung der Hauptverwaltungsbeamten. Angesichts des kurzen Zeitrahmens seit der Gründung der ÄrL sind diese Ergebnisse nicht abschließend zu bewerten, sondern stellen eine Momentaufnahme dar.

Dieser Bericht gliedert sich in drei Teile. Nach der Einleitung, in der auch die Vorgehensweise und Auswertungsstrategie bei der Befragung erläutert werden, werden im zweiten Kapitel die Befragungsergebnisse nach Themen geordnet vorgestellt. Im dritten Kapitel werden die wichtigsten Ergebnisse zusammengefasst.

**Aufbau des Berichts**

## 1.2 Methodische Vorgehensweise

Zur Beantwortung der hier aufgezeigten Fragestellung (Wahrnehmung der ÄrL durch die Kommunen) stellt die standardisierte schriftliche Befragung das am besten geeignete methodische Instrument dar. Gegenüber alternativen Formen der Erhebung von Einschätzungsdaten wie persönlichen Gesprächen besitzt sie den Vorteil einer größeren Übertragbarkeit von Ergebnissen auf das gesamte Landesgebiet.

### 1.2.1 Vorgehensweise und Umsetzung der Befragung

Bei der Befragung wurden sämtliche niedersächsischen Kommunen mit Ausnahme der Mitgliedsgemeinden von Samtgemeinden angeschrieben. Die Zielkommunen sind somit die kreisfreien Städte, die Landkreise, die kreisangehörigen Städte und Gemeinden und die Samtgemeinden. Hinzu kam als Träger der Regionalplanung für acht ostniedersächsische Kommunen der Zweckverband Großraum Braunschweig sowie die zum Land Bremen gehörende Stadt Bremerhaven. Angeschrieben wurde jeweils der Hauptverwaltungsbeamte. Die Befragung begann Ende Mai 2016 und dauerte inklusiver zweier Nachfassaktionen bis September 2016. Die Befragung erfolgte mit einem gedruckten Fragebogen.

## 1.2.2 Rücklauf

Von den 458 verschickten Fragebögen wurden 310 zurückgesendet. Dies entspricht einer sehr zufriedenstellenden Rücklaufquote von 67,7%. Der Rücklauf ist außerdem über alle Ämter hinweg positiv. Der höchste Rücklauf konnte mit 72,3 % im Bezirk Leine-Weser erzielt werden. Die niedrigste Rücklaufquote erreicht der Bezirk Weser-Ems, wobei dennoch mehr als die Hälfte der angeschriebenen Kommunen geantwortet hat (57,4%). Damit ist davon auszugehen, dass die hier erzielten Ergebnisse auf sämtliche niedersächsischen Kommunen übertragbar sind.

Die meisten Fragebögen (89) kommen aus dem ArL Weser-Ems. Geringfügig niedriger ist die Anzahl aus dem ArL Lüneburg (82). Ihr Anteil an allen eingegangenen Fragebögen beträgt 30,3 bzw. 27,9%. Die dritthöchste Zahl an Fragebögen (68, 23,1%) kommt aus dem ArL Leine-Weser, gefolgt vom ArL Braunschweig (55, 18,7%). Insgesamt ist die Zahl der Rückläufer aus den einzelnen Bezirken groß genug, um eine nach Ämtern getrennte Analyse zu ermöglichen. Nach Kommumentypen aufgegliedert ergibt sich folgendes Bild: Die meisten Antworten kommen aus Einheitsgemeinden, gefolgt von den Samtgemeinden. Von den acht angeschriebenen kreisfreien Städten antworteten fünf und von den 38 Landkreisen 29. In 16 Fällen ist die Zuordnung des Fragebogens zu einem ArL-Bezirk und zu einem Kommumentyp nicht möglich. Zwei Kommunen haben offen eine Auskunft verweigert.

**Rücklaufquote von 67,7 %**

**Verteilung der Rückläufer auf ArL-Bezirk und Kommumentyp**

**Tabelle 1: Übersicht über den Fragebogenrücklauf**

Grundgesamtheit	458
Eingegangene Fragebögen	
Von denen	312
Haben Auskunft verweigert	2
sind auswertbar	310
... ist Herkunft des Fragebogens nicht bestimmbar	16
Fragebögen mit bestimmbar Herkunftsbezirk,	294
davon jeweils aus dem Bezirk	
Braunschweig (55 von 85)	64,7%
Leine-Weser (68 von 94)	72,3%
Lüneburg (82 von 121)	67,8%
Weser-Ems (89 von 155)	57,4%
davon jeweils von	
kreisfreien Städten (5 von 8)	62,5%
Landkreisen (29 von 38)	76,3%
Einheitsgemeinden (180 von 298)	60,4%
Samtgemeinden (78 von 116)	67,2%
Zweckverband Großraum Braunschweig (1 von 1)	100,0%
Rücklaufquote	67,7

Quelle: Eigene Darstellung

### 1.2.3 Auswertungsstrategie

Bei der Auswertung sind vor allem die landesweiten Einschätzungen der Kommunen von Interesse. Da aber die konkrete Umsetzung der Politik auch von den Handlungsweisen der regionalen Behörden und den Handlungschancen der unterschiedlichen Kommumentypen abhängt, wird das Befragungsergebnis zusätzlich nach den Amtsbezirken und den Kommumentypen getrennt analysiert. Da sich bei der Auswertung zeigte, dass sich das Antwortverhalten der Einheits- und Samtgemeinden nur marginal und unsystematisch voneinander unterschied, entschieden wir uns dafür, diese beiden Kommumentypen zur „Gemeindeebene“ zu aggregieren.

Außerdem werden bei ausgewählten Fragen die Antworten aus den Kommunen gesondert betrachtet, die zum Zuständigkeitsgebiet des Südniedersachsenprojektbüros gehören. Jene Kommunen sind vergleichsweise stark mit sozioökonomischen Herausforderungen konfrontiert und erhalten auf Initiative des Landes in entwicklungspolitischen Angelegenheiten eine zusätzliche Unterstützung. Mit Ausnahme des Landkreises Holzminden (ArL Leine-Weser) gehören alle am Südniedersachsenprogramm teilnehmenden Kommunen (LK Goslar, LK Göttingen, LK Osterode (bis 31.10.2016), LK Northeim, Stadt Göttingen) zum ArL Braunschweig.

### 1.2.4 Lesehinweise und Interpretationshilfen

Bei einem genaueren Blick auf die tabellarisch dargestellten Ergebnisse werden Abweichungen zwischen der Gesamtzahl und der differenzierten Auswertung nach ArL-Bezirk und Kommumentyp deutlich. Dies liegt daran, dass in der Gesamtzahl die Antworten sämtlicher eingegangener und auswertbarer Fragebögen dargestellt sind. Da aber 16 Fragebögen nicht ihrem Herkunfts-ArL bzw. einem Kommumentyp zuzuordnen sind, ist die summierte Zahl der Fragebögen, die getrennt nach ArL-Bezirken und Kommumentyp ausgewertet werden, niedriger. Dadurch ergeben sich ggf. vom Gesamtergebnis abweichende prozentuale Verteilungen des Antwortverhaltens.

Bei standardisierten Befragungen, die an einen heterogenen Adressatenkreis gerichtet sind, ist es häufig so, dass nicht jeder Adressat sämtliche Fragen nach bestem Wissen und Gewissen beantworten kann. Bei dieser Befragung ist es erstens der Fall, dass die angeschriebenen Kommunen aufgrund ihrer sehr unterschiedlichen Größe und des unterschiedlichen Rechtsstatus nicht immer dieselben Aufgaben wahrnehmen und daher ganz unterschiedliche Notwendigkeiten mit der Zusammenarbeit der ArL haben. Zweitens können neu im Amt befindliche Hauptverwaltungsbeamte, die erst nach 2013 ins Amt gewählt wurden, nicht die Situation vor Einrichtung der ArL im Jahr 2014 beurteilen. Aus diesen Gründen gibt es bei schriftlichen Befragungen immer die Möglichkeit für die Adressaten,

**Auswertung getrennt nach Amtsbezirk und Kommumentyp**

**Gesonderte Betrachtung der Kommunen Südniedersachsens**

**Abweichung Zahl aller Antworten und der Antworten nach ArL-Bezirk und Kommumentyp**

**Anteil an item-non-response und „kann ich nicht beurteilen“**

bei Fragen, die sie nicht beantworten können, ein „Kann ich nicht beurteilen“ anzukreuzen. Erfahrungsgemäß macht die Mehrheit der Adressaten, die keine Antwort geben können, von dieser Option Gebrauch. Es kommt aber auch vor, dass diese Befragten nichts ankreuzen. Die Ausprägung dieses sogenannten item-non-response zeigt sich in der Auswertung durch die nicht immer gleiche Zahl an ausgewerteten Antworten (gekennzeichnet durch „n“).

## 2 Ergebnisse der Befragung

### 2.1 Veränderungen der Regionalpolitik seit Einrichtung der ÄrL

Zunächst wurden die Kommunen gefragt, inwieweit sie die Existenz einer Behörde zur Bündelung regionalpolitischer Aufgaben positiv oder negativ sehen. Das Ergebnis ist eindeutig (Tab. 2). Die Kommunen bewerten mit deutlicher Mehrheit die **Existenz solcher Behörden eher oder sehr positiv (82,4%)**. Nur 2,5% sehen eine solche Behörde sehr negativ. Die Zustimmung liegt besonders hoch in den Kommunen des Bezirks Braunschweig mit einem Anteil von 94,1%. Am niedrigsten ist die Fürsprache der Kommunen im Bezirk Lüneburg. Dort bewerten mehr als jeder vierte Befragte (27,8%) eine solche Behörde eher negativ.

**Positive Sicht zur Existenz von regionalen Bündelungsbehörden**

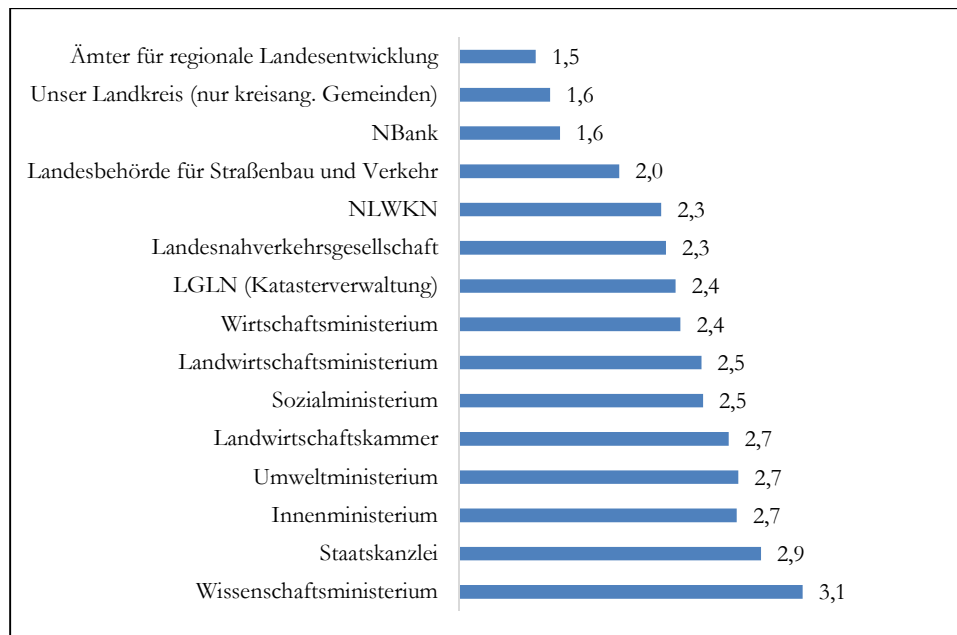
**Tabelle 2: Bewertung der Existenz einer Behörde zur Bündelung regionalpolitischer Aufgaben**

	N	sehr positiv	eher positiv	eher negativ	sehr negativ
Insgesamt	284	24,3	58,1	15,1	2,5
Braunschweig	51	37,3	56,9	5,9	0,0
Leine-Weser	61	19,7	62,3	14,8	3,3
Lüneburg	72	18,1	54,2	22,2	5,6
Weser-Ems	86	26,7	60,5	12,8	0,0
Süd-niedersachsen	32	28,1	71,9	0,0	0,0
Kreisebene	34	32,4	50,0	11,8	5,9
Gemeindeebene	236	23,7	59,7	14,8	1,7

Quelle: Eigene Darstellung, Prozentangabe, Werte sind gerundet; Fragewortlaut: „Wie bewerten Sie generell die Existenz einer Behörde zur Bündelung regionalpolitischer Aufgaben in Niedersachsen?“

Gefragt nach den aktuell zentralen Ansprech- und Kooperationspartnern für die Kommunen in der Regionalpolitik rangieren die Ämter für regionale Landesentwicklung ganz vorne (Abb. 1). Sie werden im Durchschnitt als wichtigste Ansprech- und Kooperationspartner gesehen (Mittelwert von 1,5) und haben sich damit kurz nach ihrer Einrichtung, bedingt durch die ihnen obliegenden Aufgaben, etablieren können. In Prozentzahlen ausgedrückt: 91% der Befragten schätzen die Ämter als „sehr wichtig“ (63%) oder „eher wichtig“ (28%) ein. Den Ämtern folgen hinsichtlich ihrer Wichtigkeit für die Regionalpolitik die Landkreise (nur gültig für kreisangehörige Gemeinden) und die NBank. Dies ist inhaltlich plausibel. Andere potenziell relevante Akteure sind weniger bedeutsam. Am ehesten trifft dies noch auf Landesbehörden wie die Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr und das NLWKN sowie auf die Landesnahverkehrsgesellschaft zu. Die Ministerien, die Staatskanzlei und die Landwirtschaftskammer werden als weniger wichtig eingeschätzt.

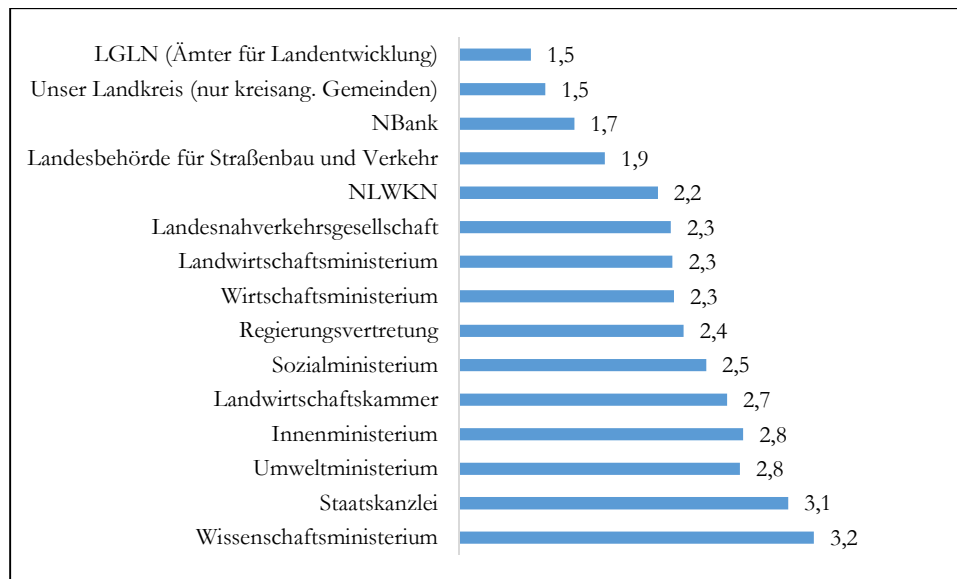
**Abbildung 1: Die zentralen Ansprech- und Kooperationspartner in der Regionalpolitik seit 2014**



Quelle: Eigene Darstellung, Mittelwerte, Werte sind gerundet, vierstufige Skala; je niedriger der Mittelwert, desto wichtiger der Akteur; Fragewortlaut: "Wer sind seit 2014 ihre zentralen Ansprech- bzw. Kooperationspartner bei Sachverhalten mit regionalpolitischen Bezügen?"

Die gleiche Frage wurde den Kommunen zusätzlich für die Zeit vor Einrichtung der ÄrL im Jahr 2014 gestellt (Abb. 2). Die zentralen Ansprech- und Kooperationspartner waren vor Einrichtung der Ämter im Wesentlichen dieselben, allerdings gibt es punktuelle Unterschiede. Anstelle der noch nicht existierenden Ämter war das LGLN der wichtigste Ansprech- und Kooperationspartner für die Kommunen. In der Wichtigkeit wurde das LGLN gefolgt von den Landkreisen und der NBank. Auch das Niveau, ausgedrückt durch den Mittelwert, rangiert im ähnlichen Bereich wie heute. Die Regierungsvertretungen, welche in den ÄrL aufgegangen sind, waren allerdings nur von nachrangiger Bedeutung, da sie als Bürogemeinschaft dislozierter Teile der Ministerialbürokratie ohne eigenständigen Aufgabenbestand agierten.

**Abbildung 2: Die zentralen Ansprech- und Kooperationspartner in der Regionalpolitik vor 2014**



Quelle: Eigene Darstellung, Mittelwerte, Werte sind gerundet, je niedriger der Mittelwert, desto wichtiger der Akteur

Wie sich die bisherige Zusammenarbeit zwischen Kommunen und den Ämtern gestaltet, wurde anhand von sechs Aspekten abgefragt. Über alle Aspekte hinweg wird die Zusammenarbeit von den Kommunen positiv bewertet (Tab. 3). Vier von fünf Befragten beurteilen die Zusammenarbeit als kooperativ (79,7%) und drei von vier Befragte konstruktiv (73,9%) und unterstützend (72,9%). Deutlich mehrheitlich wird das Verhältnis außerdem als konfliktfrei eingeschätzt (65,0%). Etwas skeptischer sind die Befragten, dass die Zusammenarbeit transparent (50,5%) und zügig (47,8%) sei.

**Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Ämtern positiv**

**Tabelle 3: Bewertung der Zusammenarbeit**

	n	(eher) kooperativ	(eher) konstruktiv	(eher) unterstützend	(eher) konfliktfrei	(eher) transparent	(eher) zügig
Insgesamt	309	79,7	73,9	72,9	65,0	50,5	47,8
Braunschweig	52	71,1	75,0	75,0	64,7	53,9	48,1
Leine-Weser	66	81,9	70,7	66,2	67,7	48,5	52,3
Lüneburg	79	82,3	73,4	72,2	62,4	45,6	45,3
Weser-Ems	89	84,3	81,9	81,8	69,7	56,2	48,3
Süd-niedersachsen	32	71,9	78,2	75,0	62,5	59,4	46,9
Kreisebene	34	85,3	61,8	73,5	58,8	44,1	44,1
Gemeindeebene	252	80,0	77,6	74,4	67,4	52,0	49,0

Quelle: Eigene Darstellung, Summierte Prozentangaben, Werte sind gerundet; Fragewortlaut: „Wie würden Sie die Zusammenarbeit mit den Ämtern anhand der folgenden Aspekte beschreiben?“

Die insgesamt positivste Bewertung geben die Kommunen im ArL-Bezirk Weser-Ems. Sämtliche Aspekte liegen laut den Weser-Ems-Kommunen z. T. deutlich oberhalb des Durchschnitts und in fünf der sechs Aspekte liegen die Einschätzungen an der Spitze aller Ämter (besonders die Ergeb-



nisse bei den Aspekten „Kooperation“ und „Unterstützung“). Die Ergebnisse der für die übrigen ÄrL weichen kaum nennenswert vom Durchschnitt ab. Auffallend ist lediglich, dass die Braunschweiger Kommunen ihr Amt spürbar geringer als kooperativ wahrnehmen, bei den übrigen Aspekten jedoch meist (leicht) oberhalb des Durchschnitts bewerten. Differenziert nach Kommumentypen fällt das Urteil von den Einheitsgemeinden am positivsten aus. Die Kreisebene bewertet die Zusammenarbeit „nur“ zu 61,8 % als konstruktiv, was deutlich unterhalb des Durchschnitts liegt.

Nachdem nun die ersten Ergebnisse aufgeführt wurden, bietet es sich an, einzelne der bisherigen Fragen im Zusammenhang zu bewerten. Zunächst interessiert dabei, ob die Wahrnehmung gegenüber der Existenz einer regionalen Bündelungsbehörde mit den Erfahrungen in der Zusammenarbeit zwischen Kommunen und ÄrL zusammenhängt. Es ist plausibel davon auszugehen, dass eine regionale Bündelungsbehörde wahrscheinlich eher von jenen Kommunen befürwortet wird, die positive Erfahrungen mit der Zusammenarbeit mit den ÄrL haben. Von den 226 Befragten, die die Zusammenarbeit mit den ÄrL als (eher) kooperativ bewerteten, sehen 196 die Existenz einer Behörde zur Bündelung regionaler Aufgaben positiv (86,7%). Von den 52 Befragten, die die Zusammenarbeit mit den ÄrL als „teils/teils“ oder eher unkooperativ einschätzen, geben lediglich 33 an, dass sie eine regionale Bündelungsbehörde positiv sehen (64,5%). Diese Antwortsystematik ist bei den übrigen Aspekten der Zusammenarbeit in ähnlicher Weise nachweisbar. Aus Gründen der Übersichtlichkeit wird der Zusammenhang zwischen der Einschätzung zur regionalen Bündelungsbehörde und der Zusammenarbeit in folgender Tabelle mithilfe einer Zusammenhangsanalyse dargestellt (vgl. Tab. 4). Der Zusammenhang ist bei allen Aspekten der Zusammenarbeit signifikant (symbolisiert durch die Sternchen). Besonders stark wird die Existenz einer regionalen Bündelungsbehörde dann befürwortet, wenn die Zusammenarbeit als konstruktiv eingeschätzt wird. **Je konstruktiver** die Zusammenarbeit eingeschätzt wird, **desto positiver** wird eine solche Bündelungsbehörde von kommunaler Seite bewertet.

**Zusammenhang zwischen Erfahrung mit der Zusammenarbeit und der Sicht auf eine regionale Bündelungsbehörde**

**Tabelle 4: Korrelation zwischen Einschätzung der regionalen Bündelungsbehörde und der Zusammenarbeit**

	Aspekte der Zusammenarbeit					
	kooperativ	konstruktiv	zügig	konfliktfrei	transparent	unterstützend
Existenz einer regionalen Bündelungsbehörde	,398**	,445**	,326**	,266**	,309**	,371**

Quelle: Eigene Darstellung, \*\* Die Korrelation ist auf dem 0,01 Niveau signifikant (zweiseitig), Spearmans Rho

In den zwei Jahren seit der Gründung der ÄrL stand die deutliche Mehrheit der Kommunen bereits mehrmals mit den ÄrL in Kontakt. Nur eine sehr kleine Zahl an Kommunen hatte in dieser Zeit gar keinen Kontakt (Tab. 5). In Weser-Ems und Leine-Weser liegt der Anteil an Kommunen mit Kontakt zu ihren ÄrL am höchsten und in Braunschweig am niedrigsten. Die kreisfreien Städte und Landkreise hatten als einzige Kommunitypen immer schon zu mehreren Gelegenheiten mit den ÄrL Kontakt. Bei den Gemeinden gibt es insgesamt nur zwölf Kommunen, die bisher noch keinen Kontakt gehabt haben.

**Tabelle 5: Kontakthäufigkeit zwischen Kommunen den ÄrL**

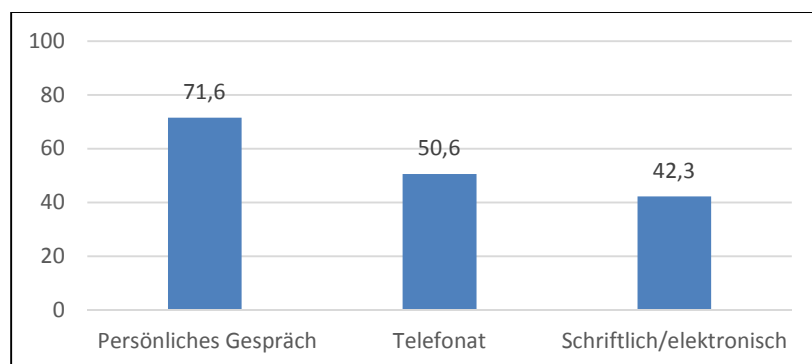
	n	Ja, bei mehreren Gelegenheiten	Ja, allerdings nur selten	Nein, bisher gab es noch keinen Kontakt
Insgesamt	309	80,9	14,6	4,5
Braunschweig	55	72,7	21,8	5,5
Leine-Weser	67	85,1	9,0	6,0
Lüneburg	82	80,5	14,6	4,9
Weser-Ems	89	86,5	11,2	2,2
Südniedersachsen	34	76,5	17,6	5,9
Kreisebene	34	97,1	0,0	2,9
Gemeindeebene	259	79,9	15,4	4,6

Quelle: Eigene Darstellung, Prozentangabe, Werte sind gerundet

Betrachtet man die Kontakthäufigkeit kann es von Interesse sein, welcher Art der Kontakt war (Abb. 3). Man geht allgemein davon aus, dass die Art des Kontakts gleichzeitig auf die Kontaktqualität Auswirkungen hat. So werden z. B. bei persönlich geführten Gesprächen eine höhere Qualität erwartet, weil die Verbindlichkeit und die Bekanntheit steigt. Speziell um Netzwerke und Kooperationen aufzubauen, gelten persönliche Kontakte als eine sehr förderliche Bedingung. Bei den Kommunen zeigt sich, dass diese zu fast Dreiviertel häufiger persönlich mit ihren ÄrL in Kontakt standen. Es handelt sich hierbei bei den Hauptverwaltungsbeamten um die häufigste Kontaktform.

**Art des Kontakts**

**Abbildung 3: Welche Art des Kontakts zu den ÄrL?**



Quelle: Eigene Darstellung, Prozentangabe, Werte sind gerundet

Eine weitere Frage thematisiert, welche Veränderungen die Kommunen seit Einrichtung der ÄrL wahrnehmen (Tab. 6). Mehr als die Hälfte der Befragten stimmt der Aussage zu, dass mit der Einrichtung der ÄrL die Situation in der Regionalpolitik im Großen und Ganzen wie zuvor ist (55,4%). Dies deckt sich mit den Interviewergebnissen aus den vorangegangenen Modulen, in welchen einige Mitarbeiter der ÄrL eine ähnliche Einschätzung treffen. Jeder fünfte Befragte würde dieser Aussage aber ausdrücklich nicht zustimmen (21,8%) und weitere 22,8% stimmen eher nicht zu. Insgesamt ist das Antwortverhalten bei dieser Frage zudem von einer großen Varianz geprägt. Die größte Zustimmung erfährt die Aussage von den Kommunen im ÄrL-Bezirk Lüneburg (65,3%), gefolgt von Weser-Ems (58,5%). Dort haben die Kommunen in klarer Mehrheit nicht das Gefühl, dass sich etwas verändert hat. Im Amtsbezirk Braunschweig dagegen liegt die Zustimmung deutlich niedriger (37,5%). Außerdem geben besonders die Kommunen in Südniedersachsen an, dass die Situation nicht mehr so sei wie zuvor (73,3%). Unter den Kommumentypen wird von den Gemeinden am ehesten der Aussage zugestimmt, während die Ablehnung auf der Kreisebene am deutlichsten ausfällt.

**Tabelle 6: Veränderung seit Einrichtung der ÄrL - Im Großen und Ganzen ist die Situation wie zuvor**

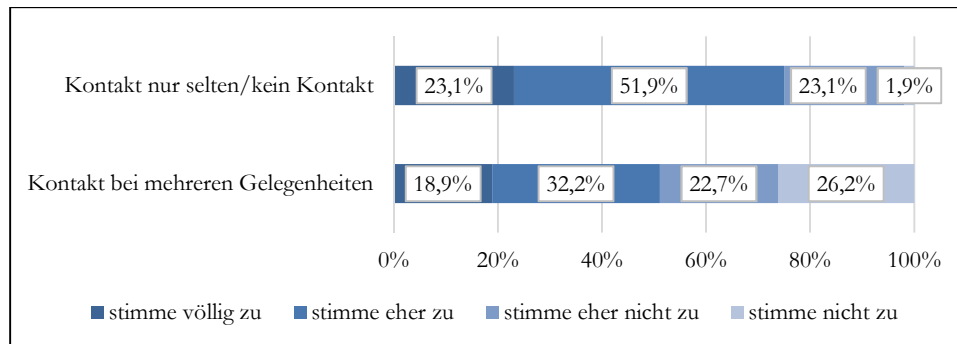
	n	Stimme vollständig zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme nicht zu
Insgesamt	285	19,6	35,8	22,8	21,8
Braunschweig	48	10,4	27,1	35,4	27,1
Leine-Weser	62	9,7	38,7	27,4	24,2
Lüneburg	78	25,6	39,7	15,4	19,2
Weser-Ems	82	24,4	34,1	20,7	20,7
Südniedersachsen	30	3,3	23,3	40,0	33,3
Kreisebene	32	15,6	31,3	15,6	37,5
Gemeindeebene	238	19,3	36,1	24,4	20,2

Quelle: Eigene Darstellung, Prozentangabe, Werte sind gerundet; Fragewortlaut: „Haben sich für Ihre Kommune durch die Einrichtung der ÄrL Veränderungen innerhalb der Regionalpolitik ergeben? - Im Großen und Ganzen ist die Situation wie zuvor“

Die Einschätzung, ob die Situation im Großen und Ganzen wie zuvor eingeschätzt wird, hängt weiterhin mit der Kontakthäufigkeit zu den Ämtern zusammen. Diejenigen mit häufigeren Kontakten berichten signifikant häufiger von einer Veränderung der Situation als diejenigen Befragten, die bisher nur wenig oder keinen Kontakt zu den ÄrL hatten (Abb. 4).<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Ob sich das Antwortverhalten der Befragten mit häufigerem Kontakt zu den ÄrL statistisch signifikant von den Befragten unterscheidet, die weniger bis gar keinen Kontakt haben, wurde mit dem Mann-Whitney-U-Test überprüft, welcher auf signifikante Unterschiede zwischen Befragtengruppen testet.

**Abbildung 4: Veränderung seit Einrichtung der ÄrL - Im Großen und Ganzen ist die Situation wie zuvor in Abhängigkeit von der Kontakthäufigkeit**



Quelle: Eigene Darstellung, Prozentangabe, Werte sind gerundet

Im Anschluss wurden nach konkreten Veränderungen seit Gründung der ÄrL gefragt. Mehrheitlich würden die Befragten der Aussage zustimmen, dass es mit der Einrichtung der ÄrL nun regionale Ansprechpartner gebe (61,7%, Tab. 7). Die Zustimmung ist besonders bei den Kommunen im Bezirk Braunschweig (75,5%) groß, in Lüneburg dagegen geringer (50,7%), wo die Ablehnung der Aussage am größten ausfällt („stimme nicht zu“, 20,5%). Die Kommunen in Südniedersachsen stimmen der Aussage besonders nachdrücklich zu. Allerdings kann es durchaus sein, dass eine Nicht-Zustimmung zu dieser Frage nicht bedeutet, dass es keine regionalen Ansprechpartner gebe. Möglicherweise hatten die Kommunen auch schon vorher regionale Ansprechpartner und verneinen deswegen die Aussage.

### Regionale Ansprechpartner

**Tabelle 7: Veränderung seit Einrichtung der ÄrL - Es gibt jetzt regionale Ansprechpartner im Land**

	N	Stimme völlig zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme nicht zu
Insgesamt	274	19,0	42,7	23,7	14,6
Braunschweig	49	34,7	40,8	18,4	6,1
Leine-Weser	61	23,0	45,9	19,7	11,5
Lüneburg	73	9,6	41,1	28,8	20,5
Weser-Ems	79	16,5	45,6	24,1	13,9
Südniedersachsen	30	46,7	40,0	10,0	3,3
Kreisebene	33	18,2	48,5	18,2	9,1
Gemeindeebene	229	19,7	42,8	24,0	13,5

Quelle: Eigene Darstellung, Prozentangabe, Werte sind gerundet; Fragewortlaut: „Haben sich für Ihre Kommune durch die Einrichtung der ÄrL Veränderungen innerhalb der Regionalpolitik ergeben? - Es gibt jetzt regionale Ansprechpartner im Land“

Im Bezirk Braunschweig kann z. B. aufgrund der großen Zustimmung davon ausgegangen werden, dass es in der Zeit vor 2014 an einem regionalen Ansprechpartner gemangelt hat. Von der Kreisebene kommt die größte Zustimmung zu dieser Aussage. Die Zustimmung ist außerdem signifikant größer bei den Befragten mit häufigerem Kontakt zu den ÄrL.<sup>2</sup>

<sup>2</sup> Die Befragten mit häufigerem Kontakt stimmen zu 66,6% der Aussage, dass es regionale Ansprechpartner gebe, (eher) zu. Die Befragten mit seltenem bis

Die zweite Veränderung betrifft die regionale Interessenbündelung (Tab. 8). Die Befragten stimmen zu 45,5% der Aussage zu, dass durch die Einrichtung der ÄrL die Interessenbündelung besser geworden ist. Die Zustimmung ist mit Abstand am größten im Bezirk Braunschweig (64,4%), während die Ablehnung besonders in Lüneburg stark ausfällt (69,7%). Im Bezirk Braunschweig hat mit der Gründung der ÄrL scheinbar eine Verbesserung in der intendierten Richtung stattgefunden. Dies trifft noch einmal besonders auf die südniedersächsischen Kommunen zu, die in deutlicher Mehrheit von einer Verbesserung der regionalen Interessenbündelung überzeugt sind (75,9%). Im Bezirk Lüneburg dagegen konnte bisher eine solche regionale Interessenbündelung möglicherweise noch nicht erreicht werden oder aber die Interessenbündelung bestand schon zuvor auf einem positiven Niveau. Zwischen den Kommumentypen gibt es kaum nennenswerte Differenzen im Antwortverhalten.

## Regionale Interessenbündelung

**Tabelle 8: Veränderung seit Einrichtung der ÄrL - regionale Interessenbündelung ist besser geworden**

	n	Stimme völlig zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme nicht zu
Insgesamt	253	9,9	35,6	32,8	21,7
Braunschweig	45	20,0	44,4	24,4	11,1
Leine-Weser	55	7,3	43,6	27,3	21,8
Lüneburg	66	4,5	25,8	39,4	30,3
Weser-Ems	76	10,5	38,2	35,5	15,8
Südniedersachsen	29	27,6	48,3	20,7	3,4
Kreisebene	32	15,6	34,4	31,3	18,8
Gemeindeebene	210	9,0	37,6	32,9	20,5

Quelle: Eigene Darstellung, Prozentangabe, Werte sind gerundet; Fragewortlaut: „Haben sich für Ihre Kommune durch die Einrichtung der ÄrL Veränderungen innerhalb der Regionalpolitik ergeben? - regionale Interessenbündelung ist besser geworden“

Die letzte abgefragte Veränderung betrifft die Beteiligung der Kommunen (Tab. 9). Mehrheitlich wird nicht gesagt, dass deren Beteiligung besser geworden sei (57,5%). Am ehesten tun dies noch die Kommunen aus dem Raum Braunschweig. Die Ablehnung der Aussage ist wiederum in Lüneburg am größten. Wiederum geben die südniedersächsischen Kommunen mehrheitlich an, dass sich durch Einrichtung der ÄrL eine Verbesserung für sie eingestellt hat. Zwischen den Kommumentypen sind die Antworten ähnlich.

## Kommunale Beteiligung

---

keinem Kontakt zu den ÄrL tun dies nur zu 38,8%. Wiederum bestätigt der Mann-Whitney-U-Test (siehe Fußnote 1), dass die Befragten mit mehr und weniger Kontakten zu den ÄrL sich signifikant und systematisch in ihren Ansichten unterscheiden.

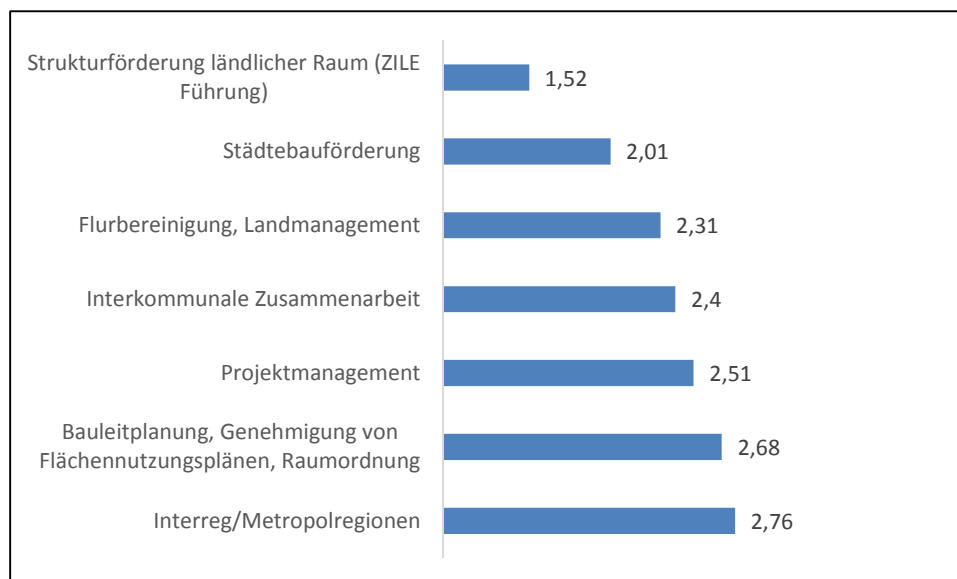
**Tabelle 9: Veränderung seit Einrichtung der ÄrL - Beteiligung der Kommunen ist besser geworden**

	n	Stimme vö- llig zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme nicht zu
Insgesamt	264	6,8	35,6	34,8	22,7
Braunschweig	47	10,6	46,8	31,9	10,6
Leine-Weser	57	8,8	40,4	26,3	24,6
Lüneburg	67	3,0	29,9	35,8	31,3
Weser-Ems	79	7,6	34,2	40,5	17,7
Südniedersachsen	31	12,9	51,6	32,3	3,2
Kreisebene	32	12,5	31,3	37,5	18,8
Gemeindeebene	218	6,4	37,6	33,9	22,0

Quelle: Eigene Darstellung, Prozentangabe, Werte sind gerundet; Fragewortlaut: „Haben sich für Ihre Kommune durch die Einrichtung der ÄrL Veränderungen innerhalb der Regionalpolitik ergeben? - Beteiligung der Kommunen ist besser geworden“

Gefragt nach den für ihre Kommune wichtigsten Aufgaben der ÄrL, kommt es zu einem eindeutigen Ergebnis (Abb. 5). Die Strukturförderung der ländlichen Räume wird mit Abstand als wichtigste Aufgabe der ÄrL wahrgenommen. Ebenfalls als mehrheitlich wichtig wird die Städtebauförderung gesehen. Die übrigen Aufgaben sind für die Kommunen von tendenziell weniger großer Bedeutung.

**Abbildung 5: Welche Aufgaben der ÄrL sind für Ihre Kommune aktuell wichtig?**



Quelle: Eigene Darstellung, Mittelwerte, je niedriger der Wert, desto wichtiger die Aufgabe

## 2.2 Ansichten zur Funktion der Landesbeauftragten

Mit der Einrichtung der ÄrL wurde die Position der Landesbeauftragten geschaffen. Diese sollen als Bindeglied zwischen der Landesregierung und den Regionen dienen, indem sie die Interessen der Landesregierung in den Regionen durchsetzen und gleichzeitig die Interessen der Kommunen gegenüber dem Land vertreten.

Zuerst wurde die Frage gestellt, ob die Landesbeauftragten als Kümmerer regionaler Interessen wahrgenommen werden (Tab. 10). Dies bestätigt die Mehrheit (62,6%). Jeder vierte Befragte sieht dies ausdrücklich so („ja“, 24,5%).

### Landesbeauftragten als Kümmerer regionaler Interessen

**Tabelle 10: Wahrnehmung des Landesbeauftragten als Kümmerer regionaler Interessen**

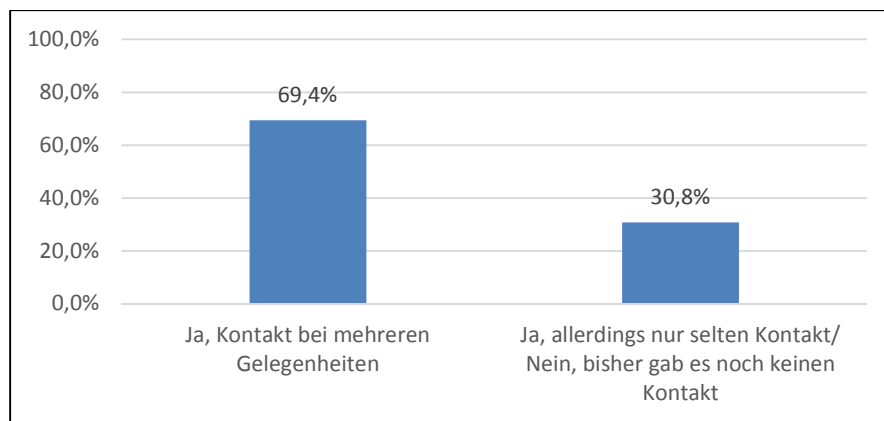
	n	ja	Eher ja	Eher nein	nein
Insgesamt	294	24,5	38,1	24,8	12,6
Braunschweig	53	41,5	32,1	18,9	7,5
Leine-Weser	65	27,7	38,5	30,8	3,1
Lüneburg	76	13,2	28,9	34,2	23,7
Weser-Ems	85	23,5	47,3	16,5	9,4
Südniedersachsen	32	53,1	34,4	9,4	3,1
Kreisebene	32	40,6	31,3	21,9	6,3
Gemeindeebene	247	23,1	39,3	25,5	12,1

Quelle: Eigene Darstellung; Prozentangabe; Werte sind gerundet

Insgesamt ist die Varianz im Antwortverhalten bei dieser Frage sehr ausgeprägt. Deutliche Unterschiede im Antwortverhalten sind so zwischen den ArL-Bezirken zu verzeichnen. Als Kümmerer regionaler Interessen wird der Landesbeauftragte besonders von den Kommunen in den Bezirken Braunschweig (73,6%) und Weser-Ems (70,8%) eingeschätzt. Niedriger liegt die Zustimmung bei den Kommunen aus Leine-Weser (66,2), wo allerdings die entschiedene Ablehnung der Aussage am geringsten ausfällt („nein“, 3,1%). Dagegen wird in Lüneburg der Landesbeauftragte mehrheitlich nicht als Kümmerer regionaler Interessen wahrgenommen (42,1%). In Südniedersachsen ist die Varianz im Antwortverhalten dagegen sehr gering. Hier wird mit klarer Überzeugung der Landesbeauftragte als Kümmerer regionaler Interessen wahrgenommen (87,5%). Unter den Kommumentypen erfahren die Landesbeauftragten von der Kreisebene die größte Zustimmung (71,9%).

Die Wahrnehmung des Landesbeauftragten hängt aber nicht nur mit dem ArL-Bezirk und dem Kommumentyp zusammen. In Verbindung mit anderen Fragen aus dem Fragebogen zeigt sich ein statistisch signifikanter Zusammenhang von der Wahrnehmung der Landesbeauftragten mit der Einschätzung über die bisherige Zusammenarbeit. Die Landesbeauftragten werden eher als Kümmerer wahrgenommen, wenn die Aspekte der Zusammenarbeit positiver eingeschätzt werden. Umgekehrt wird die Zusammenarbeit weniger positiv eingeschätzt, wenn auch der Landesbeauftragte nicht als Kümmerer gesehen wird. Außerdem geben die Befragten die Landesbeauftragten eher als Kümmerer an, wenn sie Veränderungen seit Gründung der ÄrL ausmachen („es gibt jetzt regionale Ansprechpartner“, „regionale Interessenbündelung ist besser geworden“). Zudem ist ein Zusammenhang zur Kontakthäufigkeit erkennbar. Diejenigen Kommunen, die bisher häufiger Kontakt zu den ÄrL hatten, nehmen den Landesbeauftragten eher als Kümmerer wahr (Abb. 6).

**Abbildung 6: Wahrnehmung des Landesbeauftragten als Kümmerer**



Quelle: Eigene Darstellung, angegeben ist der summierte Anteil derjenigen Befragten, die der Aussage mit (eher) ja zugestimmt haben, dass der LB ein Kümmerer für regionale Interessen darstellt.

Anschließend wurden den Befragten Zustimmungsfragen zu ihren Erwartungen an die Funktion des Landesbeauftragten vorgelegt. Die primäre Aufgabe des Landesbeauftragten sehen die Kommunen in der Vermittlung zwischen kommunaler Ebene und Landesebene (Tab. 11). Mehr als 90% der Befragten schreiben ihm diese Rolle zu (Summe der Angaben „Stimme völlig zu“ und „stimme eher zu“). Kaum eine Kommune lehnt diese Funktion des Landesbeauftragten ab.

**Landesbeauftragte sollen als Vermittler zwischen kommunaler und Landesebene agieren**

**Tabelle 11: Ein Landesbeauftragter soll als Vermittler zwischen der kommunalen und der Landesebene agieren**

	n	Stimme völlig zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme nicht zu
Insgesamt	297	59,9	34,3	3,7	2,0
Braunschweig	55	69,1	23,6	7,3	0,0
Leine-Weser	65	56,9	38,5	1,5	3,1
Lüneburg	79	51,9	40,5	3,8	3,8
Weser-Ems	83	65,1	31,3	3,6	0,0
Kreisebene	32	75,0	18,8	6,3	0,0
Gemeindeebene	250	58,4	36,0	3,6	2,0

Quelle: Eigene Darstellung, Prozentangabe; Werte sind gerundet

Die deutlichste Zustimmung kommt von den Kommunen aus dem ArL Braunschweig (92,6%), wo mehr als Zweidrittel der Kommunen dieser Funktion nachdrücklich zustimmen („Stimme völlig zu“, 69,1%). Im Bezirk Lüneburg ist die nachdrückliche Zustimmung zu dieser Aussage dagegen am geringsten (51,9%). Auch die kreisfreien Städte und Landkreise betonen diese Funktion am nachdrücklichsten.

Aber der Landesbeauftragte wird nicht nur mit deutlicher Mehrheit als Vermittler zwischen kommunaler und Landesebene gesehen. Er soll nach Ansicht der Kommunen auch die Interessen der Kommunen gegenüber dem Land vertreten (Tab. 12). Etwa 85 % der Befragten schreiben ihm diese Rolle zu. Die Zustimmung ist besonders bei den Kommunen im ArL

**Landesbeauftragte als kommunaler Interessenvertreter gegenüber Land**



Weser-Ems sehr groß (96,4%). Die Zustimmung ist etwas weniger deutlich im ArL Lüneburg (80,5%). Zwischen den Kommumentypen sind die Unterschiede nur gering und bedürfen keiner näheren Interpretation.

**Tabelle 12: Ein Landesbeauftragter soll die Interessen der Kommunen gegenüber dem Land vertreten**

	n	Stimme völlig zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme nicht zu
Insgesamt	294	59,5	28,6	7,5	4,4
Braunschweig	54	63,0	20,4	16,7	0,0
Leine-Weser	65	50,8	40,0	6,2	3,1
Lüneburg	77	57,1	23,4	7,8	11,7
Weser-Ems	83	68,7	27,7	2,4	1,2
Kreisebene	32	62,5	21,9	3,1	12,5
Gemeindeebene	257	59,9	28,7	8,1	3,2

Quelle: Eigene Darstellung, Prozentangabe; Werte sind gerundet

Mit ebenso deutlicher Mehrheit erwartete die Kommunen von den Landesbeauftragten, für die EU-Förderung zu werben (82,9%, Tab. 13). Gerade einmal 17 % sehen dies nicht so. Besonders große Zustimmung erfährt diese Funktion bei den Kommunen in Braunschweig („stimme völlig zu“, 54,5%), aber insgesamt bewegen sich die Erwartungen zwischen den Ämtern auf einem ähnlichen Niveau. Unter den Kommumentypen wird besonders von den Gemeinden ein Landesbeauftragter gewünscht, der in den Kommunen für die EU-Förderung wirbt.

**Werben für EU-Förderung durch Landesbeauftragte**

**Tabelle 13: Ein Landesbeauftragter soll in den Kommunen für die EU-Förderung werben**

	n	Stimme völlig zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme nicht zu
Insgesamt	293	39,9	43,0	12,3	4,8
Braunschweig	55	54,5	30,9	10,9	3,6
Leine-Weser	63	42,9	42,9	12,79	1,6
Lüneburg	78	35,9	47,4	7,7	9,0
Weser-Ems	82	30,5	50,0	18,3	1,2
Kreisebene	32	25,0	50,0	21,9	3,1
Gemeindeebene	246	41,5	43,1	11,4	4,1

Quelle: Eigene Darstellung, Prozentangabe; Werte sind gerundet

Schließlich wurden die Befragten noch um eine Einschätzung gebeten, inwieweit ein Landesbeauftragter Präsenz in der Öffentlichkeit zeigen soll (Tab. 14). Eine Mehrheit der Befragten erwartet dies vom Landesbeauftragten (62,9%). Die Zustimmung zu dieser Funktion liegt also gegenüber den zuvor aufgeführten deutlich niedriger. Zwischen den Amtsbezirken und den Kommumentypen gibt es kaum nennenswerte Differenzen. Allenfalls im Bezirk Lüneburg liegt die Ablehnung dieser Aufgabe etwas höher.

**Landesbeauftragter Präsenz in der Öffentlichkeit**

**Tabelle 14: Ein Landesbeauftragter soll in der Öffentlichkeit Präsenz zeigen**

	n	Stimme völlig zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme nicht zu
Insgesamt	283	23,7	39,2	29,3	7,8
Braunschweig	53	20,8	39,6	34,0	5,7
Leine-Weser	62	30,6	35,5	30,6	3,2
Lüneburg	73	24,7	35,6	24,7	15,1
Weser-Ems	80	20,0	45,0	30,0	5,0
Kreisebene	30	6,7	50,0	33,3	10,0
Gemeindeebene	238	26,1	37,8	29,0	7,1

Quelle: Eigene Darstellung, Prozentangabe; Werte sind gerundet

Zusammenfassend kann zu den Landesbeauftragten gesagt werden, dass diese im Wesentlichen positiv gesehen werden und dass die Kommunen ihre vom Land zugedachte Funktion unterstützen (Vermittler zwischen Kommune und Land, Interessenvertreter der Kommune). **Die Akzeptanz für ein solches Amt ist somit ohne jeden Zweifel gegeben.** Allerdings gibt es durchaus Unterschiede in der Bewertung zwischen den Bezirken der ÄrL, zwischen den Kommumentypen (besonders positiv vor allem auf der Kreisebene) und nach Kontakthäufigkeit.

### Zusammenfassung

## 2.3 Elemente der ÄrL

Mit der Gründung der Ämter für regionale Landesentwicklung wurden flächendeckend neue Elemente etabliert. Neben den im vorangegangenen Kapitel genannten Landesbeauftragten sind dies die regionalen Handlungsstrategien und die kommunalen Steuerungsausschüsse.

Die Handlungsstrategien der ÄrL wurden in der Gründungs- und Implementationsphase der Ämter in mehrmonatigen Prozessen erarbeitet und verabschiedet. Dies geschah mit unterschiedlichen Vorgehensweisen, aber i. d. R. mit Beteiligung der Kommunen. Im Sommer 2016 gibt die Mehrheit der Kommunen an (59%), mit den Inhalten der Handlungsstrategien

### Handlungsstrategien der ÄrL

**Tabelle 15: Mit den Inhalten der regionalen Handlungsstrategien vertraut?**

	n	Ja	nein
Insgesamt	305	59,0	41,0
Braunschweig	55	58,2	41,8
Leine-Weser	66	66,7	33,3
Lüneburg	80	65,0	35,0
Weser-Ems	88	47,7	52,3
Süd-niedersachsen	34	61,8	38,2
Kreisebene	34	88,2	11,7
Einheitsgemeinde	255	54,9	45,1

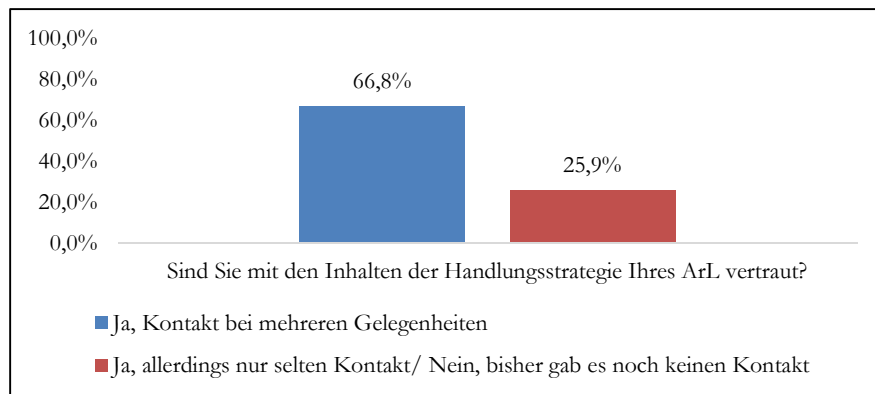
Quelle: Eigene Darstellung, Prozentangabe; Werte sind gerundet

ihres ÄrL vertraut zu sein (Tab. 16). Den höchsten Bekanntheitsgrad erreichen die Handlungsstrategien in Leine-Weser (66,7%) und Lüneburg (65,0%). Den niedrigsten in Weser-Ems (47,7%). Die Kreisebene ist mit den Handlungsstrategien bisher am ehesten vertraut. Nur eine kreisfreie

Stadt und ein Landkreis geben an, dass diese ihnen nicht vertraut sei. Bei den Einheits- und Samtgemeinden ist das Bild ambivalenter. 54,9% der Gemeinden geben an, mit den Handlungsstrategien vertraut zu sein.

Ob eine Kommune mit der regionalen Handlungsstrategie vertraut ist, hängt auch von der Kontakthäufigkeit ab (Abb. 7). Kommunen, die bisher häufiger Kontakt mit den ÄrL gehabt haben, geben überdurchschnittlich oft an (66,8%), mit der Handlungsstrategie vertraut zu sein. Von den Kommunen mit nur wenig bis gar keinem Kontakt zu ihrem ArL sagt dies nur jede Vierte (25,9%).

**Abbildung 7: Ansichten in Abhängigkeit von der Kontakthäufigkeit**

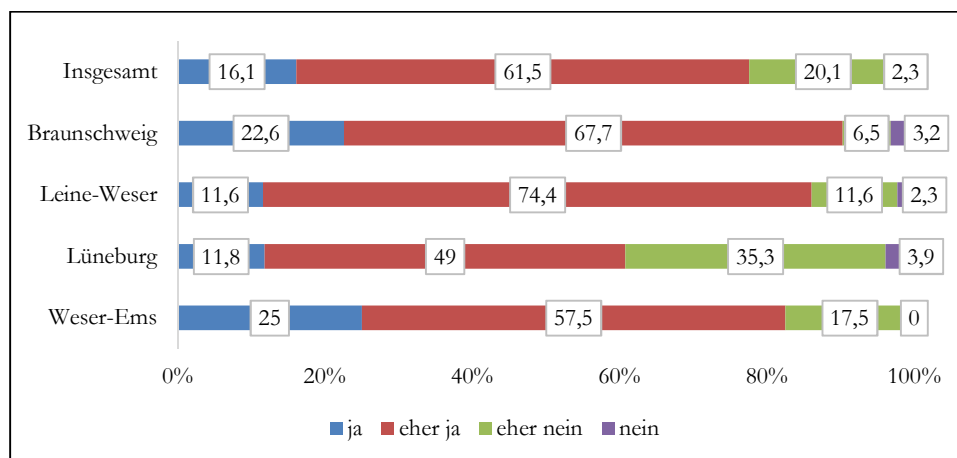


Quelle: Eigene Darstellung, Prozentangabe; Werte sind gerundet

Die Befragten kommen zu dem Urteil das **kommunale Belange bei der Erstellung der regionalen Handlungsstrategie ausreichend berücksichtigt** wurden (76,6%, Abb. 8). Während in Braunschweig, Leine-Weser und Weser-Ems die Zustimmung auf einem ähnlichen Niveau sehr groß ausfällt (82,5-90,3%), liegt diese bei den Kommunen aus Lüneburg sichtbar niedriger (60,8%).

**Berücksichtigung kommunaler Belange bei der Erstellung der Handlungsstrategien**

**Abbildung 8: Berücksichtigung kommunaler Belange bei der Erstellung der regionalen Handlungsstrategien**



Quelle: Eigene Darstellung, Prozentangabe; n=174 (insgesamt); Werte sind gerundet, in die Berechnung wurden nur jene Befragte einbezogen, die mit den Inhalten der regionalen Handlungsstrategie im Großen und Ganzen vertraut sind (vgl. Tab. 17)

Der neu eingerichtete kommunale Steuerungsausschuss in den ÄrL wird nur von rund 80% der Befragten bewertet (Tab. 16), es gibt bei dieser Frage einen sehr hohen Anteil von Kommunen, die angeben, dies nicht beurteilen zu können. Die Bewertung des **kommunalen Steuerungsausschusses ist insgesamt eher kritisch**. Die Mehrheit der Befragten, die sich ein Urteil erlauben, sieht nicht, dass durch dessen Einrichtung die Rolle der Kommunen in der Politik der ÄrL gestärkt würde. Die Unterschiede im Antwortverhalten zwischen den Bezirken sind nur gering. Die positivste Wirkung wird den kommunalen Steuerungsausschüssen aus dem Bezirk Braunschweig bescheinigt, am geringsten ist die Zustimmung in Lüneburg. Die Zustimmung liegt außerdem in Südniedersachsen und auf der Kreisebene erheblich höher.

**Tabelle 16: Stärkung der Kommunen durch Kommunalen Steuerungsausschuss?**

	n	Ja	Eher ja	Eher nein	nein	Kann ich nicht beurteilen
Insgesamt	309	5,2	24,9	28,2	21,0	20,7
Braunschweig	54	11,1	27,8	22,2	11,1	27,8
Leine-Weser	68	2,9	26,5	32,4	16,2	22,1
Lüneburg	82	3,7	20,7	30,5	30,5	14,6
Weser-Ems	89	4,5	28,1	28,1	20,2	19,1
Südniedersachsen	33	15,2	30,3	30,3	3,0	21,2
Kreisebene	34	11,8	38,2	23,5	11,8	14,7
Gemeindeebene	259	4,2	23,9	29,3	21,6	20,8

Quelle: Eigene Darstellung, Prozentangabe, Werte sind gerundet

## 2.4 Zusammenspiel von EU-Förderung und Regionalpolitik

Die Befragten wurden zu Einschätzungen gebeten, wie sich durch die Einrichtung der ÄrL Veränderungen innerhalb des Zusammenspiels von EU-Förderung und der Regionalpolitik ergeben haben. Hierzu wurde zunächst gefragt, wer bisher Erfahrungen in der Einwerbung von EU-Fördermitteln hat.

Dabei zeigt sich, dass die niedersächsischen Kommunen in deutlicher Mehrheit Erfahrung in der Einwerbung von EU-Fördermitteln haben (Tab. 17). 92,1% der befragten Kommunen geben an, vor Einrichtung der ÄrL im Jahr 2014 die Einwerbung von Finanzmittel im Rahmen der EU-Förderpolitik in der Förderperiode 2006-2013 versucht zu haben. Während in den Bezirken Lüneburg (96%) und Weser-Ems (95,3) nahezu sämtliche Kommunen mit der Einwerbung beschäftigt waren, liegt die Zahl in Braunschweig (88,7%) und Leine-Weser (87,7%) niedriger. Erwartungsgemäß waren sämtliche Landkreise und (mit einer Ausnahme) sämtliche kreisfreien Städten mit der Einwerbung befasst. Von den Einheits- und Samtgemeinden (8,1%) war fast jede zehnte Gemeinde nicht in der EU-Förderung aktiv.

**Tabelle 17: Waren Sie vor Einrichtung der ÄrL in der Förderperiode 2006-2013 mit der Einwerbung von EU-Mitteln beschäftigt?**

	n	Ja	Nein
Insgesamt	292	92,1	7,9
Braunschweig	53	88,7	11,3
Leine-Weser	65	87,7	12,3
Lüneburg	75	96,0	4,0
Weser-Ems	85	95,3	4,7
Kreisebene	34	97,1	2,9
Gemeindeebene	247	91,9	8,1

Quelle: Eigene Darstellung, Prozentangabe, Werte sind gerundet

Eine ähnlich hohe Zahl der Kommunen befasst sich auch in der aktuellen EU-Förderperiode mit der Einwerbung von Fördermitteln (Tab. 18). Wiederum zeigen sich besonders die Kommunen in den Bezirken Weser-Ems (97,7%) und Lüneburg (95,0%) aktiv, während die Teilnahme der Kommunen aus Braunschweig (85,2%) und Leine-Weser (83,8%) niedriger liegt. In letzteren Bezirken liegt der Anteil an einwerbenden Kommunen außerdem in der gegenwärtigen Periode niedriger, wohingegen der Anteil der Kommunen aus Weser-Ems und Lüneburg das bereits hohe Niveau der Vorperiode wieder erreicht hat.

**Einwerbung von EU-Fördermitteln nach 2014**

**Tabelle 18: Waren Sie seit Einrichtung der ÄrL mit der Einwerbung von EU-Mitteln beschäftigt**

	n	Ja	Nein	Differenz zu vor 2014
Insgesamt	306	91,2	8,8	-0,9
Braunschweig	54	85,2	14,8	-3,5
Leine-Weser	68	83,8	16,2	-3,9
Lüneburg	80	95,0	5,0	-1,0
Weser-Ems	88	97,7	2,3	+2,4
Kreisebene	34	97,1	2,9	±0,0
Gemeindeebene	256	90,6	9,4	-1,3

Quelle: Eigene Darstellung, Prozentangabe, Werte sind gerundet

Die Bewertung des Zusammenspiels zwischen EU-Förderung und Regionalpolitik in der Zeit vor Einrichtung der ÄrL wird von den meisten Befragten als „eher positiv“ bewertet (66,3%, Tab.19). Nur eine Minderheit sah diese „sehr gut“ (15,7%), aber die klare Mehrheit der Befragten schien mit der Regionalpolitik/EU-Förderung zufrieden zu sein. Schließlich gibt kaum ein Befragter an, dass diese „sehr schlecht“ lief (0,8%). Zwischen den Amtsbezirken zeigen sich Unterschiede in der Wahrnehmung des Zusammenspiels. Dieses wird am positivsten von den Kommunen im Bezirk Lüneburg gesehen (90,0%). Ähnlich positiv schätzen die Kommunen der Ämter Leine-Weser (86,6%) und Weser-Ems (83,1%) das Zusammenspiel vor Gründung der ÄrL ein. Die mit Abstand kritischsten Stimmen kamen aus dem Bezirk Braunschweig (positive Sicht bei 61,1% der Befragten). Auf einem ähnlichen Niveau beurteilen die Kommunen in Südniedersach-

**Zusammenspiel zwischen EU-Förderung und Regionalpolitik vor Einrichtung der ÄrL**

sen die Situation vor 2014. Unterschieden nach Kommumentypen bewerten die Gemeinde und Landkreise das Zusammenspiel in der Vorperiode ähnlich negativ, allerdings auf einem niedrigen Niveau.

**Tabelle 19: Zusammenspiel von Regionalpolitik und EU-Förderung vor 2014**

	n	Sehr positiv	Eher positiv	Eher negativ	Sehr negativ
Insgesamt	249	15,7	66,3	17,3	0,8
Braunschweig	36	2,8	58,3	36,1	2,8
Leine-Weser	52	21,2	65,4	13,5	0,0
Lüneburg	70	22,9	67,1	10,0	0,0
Weser-Ems	77	14,3	68,8	15,6	1,3
Süd-niedersachsen	24	4,2	58,3	33,3	4,2
Kreisebene	32	15,6	65,6	18,8	0,0
Gemeindeebene	203	16,7	66,0	16,3	1,0

Quelle: Eigene Darstellung, Prozentangabe, Werte sind gerundet

Herauszufinden, worauf dieses Urteil der Kommunen beruht, war Aufgabe der drei folgenden Fragen, die konkret das Zusammenspiel von Regionalpolitik und EU-Förderung thematisieren. Etwa ein Drittel der Befragten würde der Aussage zustimmen, dass die Kommunikation zwischen Kommune und Land in der Zeit vor 2014 unterentwickelt war (34,2%, Tab. 20). Mehrheitlich wird dies nicht so gesehen.

**Kommunikation zwischen Kommune und Land**

**Tabelle 20: Die Kommunikation zwischen Kommune und Land war vor 2014 unterentwickelt**

	n	Stimme völlig zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme nicht zu	Kann ich nicht beurteilen
Insgesamt	306	6,0	28,2	26,4	29,9	9,5
Braunschweig	50	12,0	38,0	28,0	6,0	16,0
Leine-Weser	59	5,1	32,2	27,1	28,8	6,8
Lüneburg	79	3,8	19,0	20,3	49,4	7,6
Weser-Ems	84	2,4	27,4	29,8	29,8	10,7
Süd-niedersachsen	31	12,9	35,5	25,8	6,5	19,4
Kreisebene	32	6,3	21,9	28,1	43,8	0,0
Gemeindeebene	213	5,0	28,8	25,8	29,2	11,3

Quelle: Eigene Darstellung, Prozentangabe, Werte sind gerundet

In Braunschweig ist die Zustimmung zu dieser Aussage besonders hoch, während sie speziell in Lüneburg sehr gering ausfällt. Im Bezirk Braunschweig wird dieser Aussage sogar mehrheitlich von den Kommunen zugestimmt, die sich ein Urteil erlauben (25 von 42, 59,5%). In Lüneburg und Weser-Ems wird diese Aussage mit großer Mehrheit dagegen abgelehnt. Ein knappes Drittel lehnt diese Aussage sogar eindeutig ab (29,9%).

Mehr als jeder dritte Befragte sagt, dass es vor 2014 zwischen Kommune und Land Informationsdefizite in der Regionalpolitik gegeben habe (Tab. 21). Dies wird wiederum besonders von den Kommunen im Raum Braunschweig geäußert. Informationsdefizite geben 38,5% der befragten Kommunen an. Auch hier stimmt eine Mehrheit der Kommunen aus dem

**Informationsdefizite in der Regionalpolitik**

Braunschweiger Amtsbezirk der Aussage zu (ebenso in Südniedersachsen), während in anderen Bezirken die Mehrheitsverhältnisse mehr als eindeutig umgekehrt sind. Mit der größten Entschiedenheit lehnen die Kommunen im Bezirk Lüneburg diese Aussage ab.

**Tabelle 21: Es gab zwischen Kommune und Land Informationsdefizite vor 2014**

	N	Stimme völlig zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme nicht zu	Kann ich nicht beurteilen
Insgesamt	306	7,8	30,7	26,9	25,4	9,2
Braunschweig	50	18,0	36,0	24,0	6,0	16,0
Leine-Weser	60	5,0	38,3	28,3	23,3	5,0
Lüneburg	78	3,8	24,4	19,2	43,6	9,0
Weser-Ems	83	3,6	28,9	34,9	22,9	9,6
Südniedersachsen	31	19,4	35,5	19,4	6,5	19,4
Kreisebene	32	6,3	25,0	37,5	31,3	0,0
Gemeindeebene	239	6,7	31,8	25,5	25,1	10,9

Quelle: Eigene Darstellung, Prozentangabe, Werte sind gerundet

36,7% der Befragten geben an, dass es an institutionalisierten Kontakten und Schnittstellen gefehlt hat. Ebenfalls rund ein Drittel (36,7%) sagen, dass es an institutionalisierten Kontakten und Schnittstellen gefehlt hat (Tab. 22). Auch hier ist die Zustimmung zu der Aussage im Bezirk Braunschweig am größten und im Bezirk Lüneburg am geringsten.

#### Institutionalisierte Kontakte und Schnittstellen

**Tabelle 22: Es fehlte an institutionalisierten Kontakten und Schnittstellen**

	n	Stimme völlig zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme nicht zu	Kann ich nicht beurteilen
Insgesamt	306	9,5	27,2	25,1	28,6	9,5
Braunschweig	50	20,0	32,0	24,0	6,0	18,0
Leine-Weser	57	12,3	22,8	31,6	26,3	7,0
Lüneburg	79	2,5	24,1	25,3	41,8	6,3
Weser-Ems	84	4,8	31,0	22,6	31,0	10,7
Südniedersachsen	31	25,8	32,3	19,4	3,2	19,4
Kreisebene	32	6,3	28,1	37,5	28,1	0,0
Gemeindeebene	239	8,8	27,3	23,9	28,6	11,3

Quelle: Eigene Darstellung, Prozentangabe, Werte sind gerundet

Nachfolgende Tabelle zeigt den statistischen Zusammenhang zwischen der Einschätzung über das Zusammenspiel von EU-Förderung und Regionalpolitik und den abgefragten Defiziten vor Einrichtung der ÄrtL (Tab. 23). Der Zusammenhang ist eindeutig. Diejenigen Befragten, die das Zusammenspiel negativer bewerten, berichten signifikant häufiger von einer unterentwickelten Kommunikation zwischen Land und Kommune, von Informationsdefiziten und von fehlenden institutionalisierten Kontakten und Schnittstellen. Anders formuliert: Von den 195 Befragten, die das Zusammenspiel vor 2014 positiv bewerten, stimmen nur 24,1 % der Aussage zu, dass die Kommunikation zwischen Kommune und Land zu dieser Zeit

#### Zusammenhang zwischen Einschätzung zur Regionalpolitik vor 2014 und vorhandenen Defiziten

unterentwickelt war. Unter denjenigen, die das Zusammenspiel jedoch eher negativ bewerten, liegt die Zustimmung dagegen bei 85,4%. Bezüglich der Informationsdefizite und fehlender institutionalisierter Kontakte und Schnittstellen ist das Ergebnis ähnlich. Dies bedeutet, dass die Wahrnehmung und Akzeptanz der EU-Förderung bzw. der Regionalpolitik mit diesen Aspekten im Zusammenhang steht.

**Tabelle 23: Zusammenhang zwischen Wahrnehmung der Regionalpolitik vor Einrichtung der ÄrL und wahrgenommenen Defiziten**

Wahrgenommene Defizite vor Einrichtung der ÄrL	n	Negative Beurteilung des Zusammenspiels von EU-Förderung und Regionalpolitik vor Einrichtung der ÄrL
Die Kommunikation zwischen Kommune und Land war unterentwickelt	236	,573**
Es gab Informationsdefizite	235	,491**
Es fehlte an institutionalisierten Kontakten und Schnittstellen	236	,504**

Quelle: Eigene Darstellung, \*\* Die Korrelation ist auf dem 0,01 Niveau signifikant (zweiseitig).

Wir haben nun die Kommunen ebenfalls befragt, wie das Zusammenspiel zwischen EU-Förderung und Regionalpolitik nach Gründung der ÄrL einzuschätzen ist. Bei den Antworten ist jedoch zu berücksichtigen, dass sich die Rahmenbedingungen der EU-Strukturpolitik mit dem Beginn der neuen Förderperiode, die in die Zeit der Gründung der Ämter fiel, teilweise nachteilig für die Kommunen verändert haben:

- Im Multifonds hat sich das Mittelvolumen in der neuen Förderperiode um rund 40 % gegenüber der vorangegangenen Förderperiode reduziert.
- Der Bezirk Lüneburg ist kein Konvergenzgebiet mehr.
- Die EFRE-Förderung ist gegenüber der Vergangenheit deutlich weniger kommunal orientiert. Nach den Vorgaben der EU gibt es kaum noch Infrastruktur- und Tourismusförderung. Die Zielrichtung der neuen EU-Förderung ist viel stärker auf Innovationsnetzwerke und KMU ausgerichtet, sodass dieser früher bedeutsame Wirtschaftsförderbereich für den unmittelbaren kommunalen Sektor in ganz nachhaltiger Weise weggebrochen ist.
- Als Ausfluss der veränderten EU-Förderbedingungen ist es zum Wegfall der sogenannten regionalisierten Teilbudgets in kommunaler Verantwortung gekommen.
- Besonders bemerkbar gemacht hat sich die deutlich reduzierte GRW-Fördergebietsskulisse, wodurch in großen Bereichen kaum noch eine kommunal spürbare Wirtschaftsförderung möglich ist.



- Zu einer erheblichen Verärgerung im kommunalen Bereich hat der weitgehende Wegfall der Förderung des ländlichen Wegebbaus beigetragen. Die Tatsache, dass Anfang 2016 für viele Weser-Ems-Projekte zunächst kein ausreichendes Mittelvolumen zur Verfügung stand und in der ersten Runde nicht alle Maßnahmen zügig beschieden werden konnten, hat sich möglicherweise nachteilig auf die Bewertung der Förderpolitik ausgewirkt.

Der für die Ämter zugrunde gelegte Beurteilungszeitraum ist also geprägt durch den Wechsel von der alten zur neuen Förderperiode. Aufgrund der beschriebenen Veränderungen ist ein Vergleich der Einschätzungen aufgrund der sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen nur begrenzt sinnvoll. Zudem konnte erst ab der zweiten Jahreshälfte 2015 überhaupt mit dem Fördergeschäft begonnen werden. Viele angedachte Projekte lagen auf Halde. Angesichts dieser negativen Rahmenbedingungen gerade in diesem kurzen und frühen Beurteilungszeitraum wird die Arbeit der Ämter erstaunlich gut bewertet.

Die Bewertung des heutigen Zusammenspiels zwischen Regionalpolitik und EU-Förderung wird ähnlich gesehen wie jenes in der Zeit vor 2014 (Tab. 25). Allerdings ist die Sichtweise etwas kritischer, denn etwa fünf % der Befragten geben mehr an, dass sie das Zusammenspiel negativ bewerten.

**Aktuelles Zusammenspiel  
zwischen Regionalpolitik und  
EU-Förderung**

Bei einem nach Amtsbezirken differenzierten Blick werden große Unterschiede zur Einschätzung des Antwortverhaltens sichtbar, wie die Situation vorher gewesen ist. Das aktuelle Zusammenspiel der EU-Förderung und Regionalpolitik beurteilen die Kommunen aus dem ArL Braunschweig am positivsten, gefolgt von den Kommunen aus dem Bezirk Leine-Weser. Allerdings sehen in Weser-Ems 18,2% der Befragten die aktuelle Politik sehr positiv und in Braunschweig nur 9,5%. Noch positiver ist die Einschätzung der südniedersächsischen Kommunen.

**Tabelle 24: Zusammenspiel von EU-Förderung und Regionalpolitik nach Einrichtung der ÄRL**

	n	Sehr positiv	Eher positiv	Eher negativ	Sehr negativ
Insgesamt	253	14,2	62,1	20,2	3,6
Braunschweig	42	9,5	76,2	14,3	0,0
Leine-Weser	55	14,5	67,3	15,5	3,6
Lüneburg	69	13,0	59,4	23,2	4,3
Weser-Ems	77	18,2	54,5	23,4	3,9
Südniedersachsen	27	18,5	74,1	7,4	0,0
Kreisebene	32	18,8	59,4	18,8	3,1
Gemeindeebene	211	13,7	63,0	19,9	3,3

Quelle: Eigene Darstellung, Prozentangabe, Werte sind gerundet

Damit hat sich die Bewertung nach Gründung der ÄRL umgekehrt. Die Bewertung ist am wenigsten positiv bei Kommunen des Bezirks Weser-

Ems. Bei den kreisfreien Städten und Landkreisen ist das Urteil zur heutigen EU-Förderpolitik sehr ähnlich, die Einheits- und Samtgemeinden sehen die aktuelle Periode jedoch leicht kritischer.

Tabelle 26 listet die Differenzen in der Einschätzung zwischen den Perioden vor und nach Einrichtung der Ämter auf. Auffällig ist, dass bei Betrachtung der landesweiten Ergebnisse nur geringe Veränderungen in der Wahrnehmung feststellbar sind, aber erhebliche Differenzen zwischen den Amtsbezirken bestehen. Dies gilt für alle Bezirke mit Ausnahme von Leine-Weser. Dies bestätigt auch der relativ niedrige Korrelationskoeffizient zwischen beiden Fragen. Kommunen, die die EU-Förderung vor 2014 positiv beurteilt haben, tun dies nicht notwendigerweise für die EU-Politik in der Zeit seit 2014 (Spearman's Rho ,237\*\*, signifikant 1 %-Niveau).

**Veränderungen der Sicht auf das Zusammenspiel von EU- und Regionalpolitik vor und nach Gründung der ÄrL**

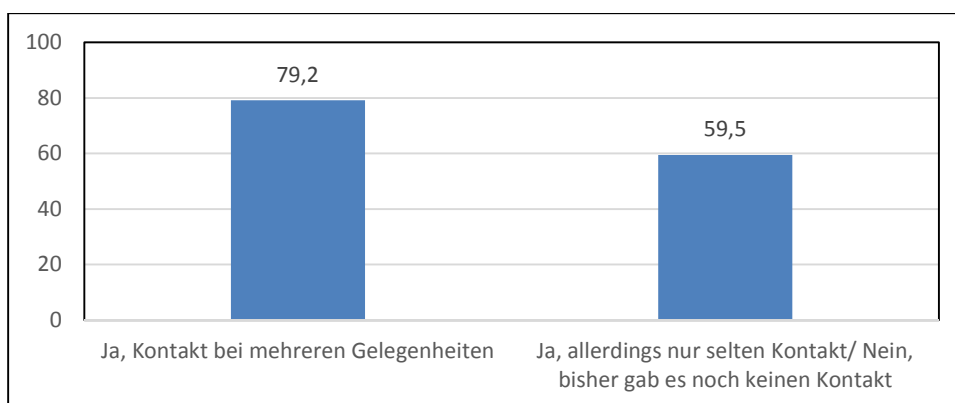
**Tabelle 25: Differenz in der Bewertung des Zusammenspiels von EU-Förderung und Regionalpolitik vor/nach Gründung ÄrL**

	Sehr positiv	Eher positiv	Eher negativ	Sehr negativ
Insgesamt	-1,5	-4,2	+2,9	+2,8
Braunschweig	+6,7	+19,9	-25,8	-2,8
Leine-Weser	-6,7	+2,9	+2,0	+3,6
Lüneburg	-4,7	-12,6	+13,2	+4,3
Weser-Ems	+3,9	-14,3	+7,8	+2,6

Quelle: Eigene Darstellung, Prozentangabe, Werte sind gerundet

Wenig überraschend hängt die Bewertung des Zusammenspiels von EU-Förder- und Regionalpolitik mit der Kontakthäufigkeit zusammen (Abb. 9). Sofern bereits häufiger Kontakt bestand, wird auch das Zusammenspiel positiver bewertet.

**Abbildung 9: Bewertung des Zusammenspiels von EU-Politik und Regionalpolitik und Kontakthäufigkeit**



Quelle: Eigene Darstellung, Prozentangabe, Werte sind gerundet

Mehr als eindeutig ist außerdem der Zusammenhang zwischen der Einschätzung zur Regionalpolitik und wie die Zusammenarbeit beurteilt wird (Tab. 27). Dort, wo die Zusammenarbeit bisher positiver verlief, wird auch das aktuelle Zusammenspiel positiver bewertet.

**Tabelle 26: Zusammenhang zwischen Ansichten zur EU-/Regionalpolitik und der bisherigen Zusammenarbeit**

	Aspekte der Zusammenarbeit					
	kooperativ	konstruktiv	zügig	Konfliktfrei	transparent	unterstützend
Beurteilung des aktuellen Zusammenspiels	,468**	,486**	,454**	,347**	,466**	,495**

Quelle: Eigene Darstellung, \*\* Die Korrelation ist auf dem 0,01 Niveau signifikant (zweiseitig), Spearmans Rho

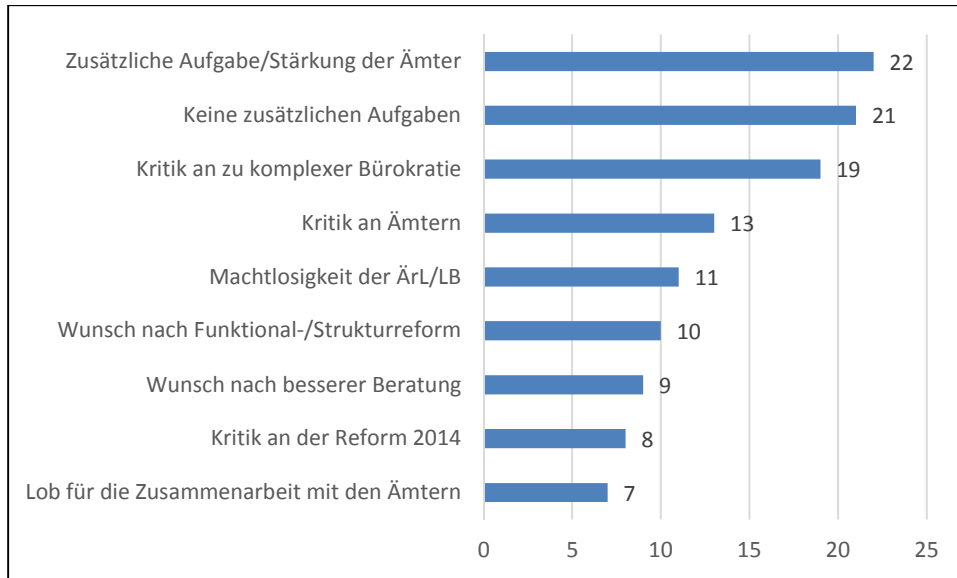
## 2.5 Funktionale Stärkung der ÄrL

Abschließend wurde den Kommunen eine offene Fragestellung präsentiert, bei welcher sie um eine Einschätzung gebeten wurden, ob und wenn ja, durch welche Aufgabenbereiche die Ämter funktional gestärkt werden können und ob sie noch weitere Anmerkungen zum Thema machen möchten. Offene Fragestellungen haben naturgemäß das Problem, dass die Ausfüllbereitschaft gering ausfällt. In dieser Befragung haben 83 Kommunen von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, was etwas mehr als einem Viertel der Befragten entspricht (26,8%). Das Ziel offener Fragestellungen liegt anders als bei geschlossenen Fragestellungen (Ankreuzfragen) nicht darin, repräsentative Ergebnisse zu erreichen, sondern den Befragten ein Forum zu bieten, zusätzliche bisher nicht bekannte oder thematisierte Aspekte im Untersuchungsgegenstand zu benennen. Dabei kann davon ausgegangen werden, dass wiederkehrende Aussagen einen wichtigen Sachverhalt ansprechen, da diese von den Befragten unabhängig voneinander und ohne Anleitung durch den Fragebogen formuliert wurden. Da offene Fragestellungen keine Antwortkategorien vorgeben, müssen die gegebenen Antworten im Nachgang zu Kategorien zusammengefasst werden.

Insgesamt haben die 83 antwortenden Kommunen 120 Aussagen formuliert. Dabei haben sie die Möglichkeit der offenen Antwortformulierung genutzt, um nicht allein eine Antwort auf die gestellte Frage (zusätzliche Aufgaben für die ÄrL) zu formulieren, sondern haben kritische Aspekte genannt und Lob verteilt. Betrachtet man die wiederkehrenden Aussagen (Abb. 10) zeigen sich in ähnlicher Häufigkeit Aussagen, welche zusätzlichen Aufgaben die Ämter erhalten soll bzw. dass keine zusätzlichen Aufgaben für die Ämter gewünscht sind. Bezogen auf die Gesamtzahl der Antwortenden sind dies jeweils knapp 7%.

**Informationen zum Antwortverhalten und zur Auswertung**

**Abbildung 10: Häufigkeitsverteilung der Angaben aus den offenen Fragen**



Quelle: Eigene Darstellung, absolute Angaben

Betrachtet man die Kommentare derjenigen, die sich für zusätzliche Aufgaben der Ämter einsetzen, so liegen die inhaltliche Schnittmengen am ehesten im Bereich des Natur- und Umweltschutzes. Bei denen, die keine zusätzlichen Aufgaben befürworten, ist ein wichtiger Grund, dass manche Kommunen eine Hochkonzentration von Aufgaben kritisch sehen und lieber die kommunale Ebene gestärkt sehen wollen. Andere Befragte wiederum beklagen die Machtlosigkeit der Ämter.

**Auswertung**

### 3 Zusammenfassung

1. Die Existenz einer Behörde zur Bündelung regionalpolitischer Aufgaben wird von den Kommunen mit einem Anteil von 82% prinzipiell positiv gesehen.
2. Den Ämtern ist es seit ihrer Gründung im Jahr 2014 gelungen, zu dem wichtigsten regionalpolitischen Akteur heranzuwachsen und haben sich damit kurz nach ihrer Einrichtung, bedingt durch die ihnen obliegenden Aufgaben, etablieren können. Gefragt nach den aktuell zentralen Ansprech- und Kooperationspartnern für die Kommunen in der Regionalpolitik rangieren die Ämter für regionale Landesentwicklung ganz vorne.
3. Die Zusammenarbeit der Kommunen mit den Ämtern wird insgesamt positiv bewertet. Vier von fünf Befragten beurteilen die Zusammenarbeit als kooperativ (80%) und drei von vier Befragten als konstruktiv (74%) und unterstützend (73%). Deutlich mehrheitlich wird das Verhältnis außerdem als konfliktfrei eingeschätzt (65%). Etwas skeptischer sind die Befragten, dass die Zusammenarbeit transparent (51%) und zügig (48%) sei.
4. Zwar geben die Kommunen mit einem Anteil von 55% mehrheitlich an, dass sich mit der Gründung der Ämter im Großen und Ganzen nicht viel verändert habe, fragt man allerdings die Kommunen mit einer höheren Kontakthäufigkeit, sinkt dieser Anteil auf 49%. Fragt man nach konkreten Veränderungen seit Gründung der ÄrL so stimmen die Befragten mit 62% der Aussage zu, dass es mit der Einrichtung der ÄrL nun regionale Ansprechpartner gebe.
5. Die Wahrnehmung der neu geschaffenen Landesbeauftragten in ihrer Rolle als „Kümmerer regionaler Interessen“ wird von einem Anteil von 63% und somit mehrheitlich positiv gesehen. Auch hier steigt die Zustimmung mit der Kontakthäufigkeit (auf 69%). Die Kommunen unterstützen die den Landesbeauftragten vom Land zugeordneten Funktionen (Vermittler zwischen Kommune und Land, Interessenvertreter der Kommune, etwas weniger die Öffentlichkeitsfunktion). Die Akzeptanz für ein solches Amt ist somit ohne jeden Zweifel gegeben.
6. Die regionalen Handlungsstrategien der ÄrL wurden in der Gründungs- und Implementationsphase der Ämter in mehrmonatigen Prozessen erarbeitet und verabschiedet. Die Mehrheit der Kommunen gibt an (59%) mit den Inhalten der Handlungsstrategien ihres ÄrL vertraut zu sein, bei hoher Kontakthäufigkeit steigt der Wert auf 67%.

7. Die Bewertung des kommunalen Steuerungsausschusses ist dagegen insgesamt eher kritisch. Hier antworten nur 80% der Befragten. Von diesen sieht die Mehrheit (50%) nicht, dass durch dessen Einrichtung die Rolle der Kommunen in der Politik der ÄrL gestärkt würde, während 30% dies bejahen. Unterschiede im Antwortverhalten zwischen den Bezirken sind nur gering.
8. Es herrscht eine positive Sicht auf das Zusammenspiel von EU-Förderung und Regionalpolitik vor und nach Gründung der ÄrL. Allerdings sind die Einschätzungen nach der Einrichtung der ÄrL nicht positiver als vor der Gründung der ÄrL. Das ist auch nicht verwunderlich, da die Rahmenbedingungen der EU Förderung in der neuen Förderperiode für die Kommunen deutlich schlechter geworden sind, so dass beide Förderperioden nur bedingt miteinander vergleichbar sind.
9. Eine besonders positive Sicht auf die regionale Entwicklung besitzen die Kommunen aus Südniedersachsen, die aufgrund des gesonderten „Projektbüro Südniedersachsen“ materiell stärker profitieren.

## Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

<i>Abbildung 1: Die zentralen Ansprech- und Kooperationspartner in der Regionalpolitik seit 2014</i> .....	7
<i>Abbildung 2: Die zentralen Ansprech- und Kooperationspartner in der Regionalpolitik vor 2014</i> .....	8
<i>Abbildung 3: Welche Art des Kontakts zu den ÄrL?</i> .....	10
<i>Abbildung 4: Veränderung seit Einrichtung der ÄrL - Im Großen und Ganzen ist die Situation wie zuvor in Abhängigkeit von der Kontakthäufigkeit</i> .....	12
<i>Abbildung 5: Welche Aufgaben der ÄrL sind für Ihre Kommune aktuell wichtig?</i> .....	14
<i>Abbildung 6: Wahrnehmung des Landesbeauftragten als Kümmerer</i> .....	16
<i>Abbildung 7: Ansichten in Abhängigkeit von der Kontakthäufigkeit</i> .....	19
<i>Abbildung 8: Berücksichtigung kommunaler Belange bei der Erstellung der regionalen Handlungsstrategien</i> .....	19
<i>Abbildung 9: Bewertung des Zusammenspiels von EU-Politik und Regionalpolitik und Kontakthäufigkeit</i> .....	26
<i>Abbildung 10: Häufigkeitsverteilung der Angaben aus den offenen Fragen</i> .....	28
<i>Tabelle 1: Übersicht über den Fragebogenrücklauf</i> .....	3
<i>Tabelle 2: Bewertung der Existenz eine Behörde zur Bündelung regionalpolitischer Aufgaben</i> .....	6
<i>Tabelle 3: Bewertung der Zusammenarbeit</i> .....	8
<i>Tabelle 4: Korrelation zwischen Einschätzung der regionalen Bündelungsbehörde und der Zusammenarbeit</i> .....	9
<i>Tabelle 5: Kontakthäufigkeit zwischen Kommunen den ÄrL</i> .....	10
<i>Tabelle 6: Veränderung seit Einrichtung der ÄrL - Im Großen und Ganzen ist die Situation wie zuvor</i> .....	11
<i>Tabelle 7: Veränderung seit Einrichtung der ÄrL - Es gibt jetzt regionale Ansprechpartner im Land</i> .....	12
<i>Tabelle 8: Veränderung seit Einrichtung der ÄrL - regionale Interessenbündelung ist besser geworden</i> .....	13
<i>Tabelle 9: Veränderung seit Einrichtung der ÄrL - Beteiligung der Kommunen ist besser geworden</i> .....	14
<i>Tabelle 10: Wahrnehmung des Landesbeauftragten als Kümmerer regionaler Interessen</i> .....	15
<i>Tabelle 11: Ein Landesbeauftragter soll als Vermittler zwischen der kommunalen und der Landesebene agieren</i> .....	16
<i>Tabelle 12: Ein Landesbeauftragter soll die Interessen der Kommunen gegenüber dem Land vertreten</i> .....	17
<i>Tabelle 13: Ein Landesbeauftragter soll in den Kommunen für die EU-Förderung werben</i> .....	17
<i>Tabelle 14: Ein Landesbeauftragter soll in der Öffentlichkeit Präsenz zeigen</i> .....	18
<i>Tabelle 15: Mit den Inhalten der regionalen Handlungsstrategien vertraut?</i> .....	18
<i>Tabelle 16: Stärkung der Kommunen durch Kommunalen Steuerungsausschuss?</i> .....	20

<i>Tabelle 17: Waren Sie vor Einrichtung der ÄrL in der Förderperiode 2006-2013 mit der Einwerbung von EU-Mitteln beschäftigt?.....</i>	<i>21</i>
<i>Tabelle 18: Waren Sie seit Einrichtung der ÄrL mit der Einwerbung von EU-Mitteln beschäftigt?.....</i>	<i>21</i>
<i>Tabelle 19: Zusammenspiel von Regionalpolitik und EU-Förderung vor 2014.....</i>	<i>22</i>
<i>Tabelle 20: Die Kommunikation zwischen Kommune und Land war vor 2014 unterentwickelt.....</i>	<i>22</i>
<i>Tabelle 21: Es gab zwischen Kommune und Land Informationsdefizite vor 2014.....</i>	<i>23</i>
<i>Tabelle 22: Es fehlte an institutionalisierten Kontakten und Schnittstellen.....</i>	<i>23</i>
<i>Tabelle 23: Zusammenhang zwischen Wahrnehmung der Regionalpolitik vor Einrichtung der ÄrL und wahrgenommenen Defiziten.....</i>	<i>24</i>
<i>Tabelle 25: Zusammenspiel von EU-Förderung und Regionalpolitik nach Einrichtung der ÄrL.....</i>	<i>25</i>
<i>Tabelle 26: Differenz in der Bewertung des Zusammenspiels von EU-Förderung und Regionalpolitik vor/ nach Gründung ÄrL.....</i>	<i>26</i>
<i>Tabelle 27: Zusammenhang zwischen Ansichten zur EU-/Regionalpolitik und der bisherigen Zusammenarbeit.....</i>	<i>27</i>